## Satzung

der Gemeinde Sellin über die 1. Änderung (Teiländerung) des Bebauungsplanes Nr. 1 A " Gutshof " mit örtlichen Bauvorschriften

## Präambel

Beschluss Nr.:. 56-05/09

Aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB), sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg - Vorpommern (LBauO M-V)

jeweils in der zuletzt geltenden Fassung wird nach Beschlußfassung durch die Gemeindevertretung vom 10.11.2009 folgende Satzung über die 1. Änderung (Teiländerung) des Bebauungsplanes Nr. 1 A " Gutshof " mit örtlichen Bauvorschriften bestehend aus Planzeichnung (Teil A) und Text (Teil B) erlassen.

## Verfahrensvermerke

Aufstellungsbeschluss

Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom

Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch den Aushang an den Bekanntmachungstafeln vom 09.06.2009 bis zum 25.06.2009 erfolgt. Das Planverfahren wurde nach den Bestimmungen des § 13 a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 durchgeführt. Darauf wurde in der ortsüblichen Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses hingewiesen

ts)

Sellin, den 11.11.2009

Bürgermeister

Planverfasser

Bürgermeister

## Planverfasser

Der Entwurf der 1. Änderung (Teiländerung ) des Bebauungsplanes Nr. 1 A " Gutshof " mit örtlichen Bauvorschriften wurde von dem Stadtplaner Heinrich Vulter, An der Junkernwiese7, 30926 Seelze ausgearbeitet. Tel. 05137/3236; Fax. 05137/91371

Seelze, den 26.05.2009

Planungsanzeige Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 17 LPLG M-V mit Schreiben vom 16.06,2009 über die Absicht, einen Bebauungsplan aufzustellen, informiert worden.

Sellin, den 11.11.2009

Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 (1) BauGB) Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB wurde durch Auslegung des Vorentwurfs des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie der dazugehörigen Begründung

vom 29.06.2009 bis zum 31.07.2009 während folgender Zeiten - im Amt Mönchgut Granitz montags, mittwochs und donnerstags von 9.00 bis 16.00 Uhr, dienstags von 9.00 bis 18.00 Uhr, freitags von 9.00 bis 12.00 Uhr sowie - in der Kurverwaltung Sellin montags bis freitags von 8.30 bis 16.30 Uhr und samstags von 10.00 bis 14.00 Uhr durchgeführt

Sellin, den 11.11.2009

Beteiligung der Behörden (§ 4 (1) BauGB) Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom 09,06,2009 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden (Frist 1107 2009.).

Sellin, den 11.11.2009

Die Gemeindevertretung Sellin hat in ihrer Sitzung am 26.05.2009 dem Entwurf

Auslegungsbeschluss

der 1. Änderung (Teiländerung ) des Bebauungsplanes Nr. 1 A "Gutshof", der Begründung und der örtlichen Bauvorschrift zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen

Sellin, den 11.11.2009

Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 (2) BauGB) Die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (2) BauGB ist durch öffentliche Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie der dazugehörigen Begründung und Örtlicher Bauvorschrift

vom 31.08.2009 bis zum 02.10.2009 während folgender Zeiten - im Amt Mönchgut Granitz montags, mittwochs und donnerstags von 9.00 bis 16.00 Uhr, dienstags von 9.00 bis 18.00 Uhr, freitags von 9.00 bis 12.00 Uhr sowie - in der Kurverwaltung Sellin montags, bis freitags von 8.30 bis 16.30 Uhr und samstags von 10.00 bis 14.00 Uhr durchgeführt worden. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können und daß nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der

Beschlußfassung unberücksichtigt bleiben können als Bekanntmachung durch Aushang in der Zeit vom 11.08.2009 bis zum 28.08.2009 ortsüblich bekannt gemacht worden.

Beteiligung der Behörden (§ 4 (2) BauGB)

Sellin, den 11.11.2009

Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 24.08.2009 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden (Frist 05.10.2009.).

Sellin, den 11.11.2009

Satzungsbeschluss

Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 10.11.2009 von der Gemeindswertretung gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde gebilligt.

Sellin, den 11.11.2009

Kartengrundlage

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Strassen, Wege und Plätze vollständig nach. Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.Der katastermäßige Bestand am 2008.01.10 sowie die geometrischen Festlegungen entsprechen dem Liegenschaftskataster.

Bergen, den 12.08.2009 Vermessungsingenieur

Ausfertigung Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wird hiermit ausgefertigt.

Sellin, den 11. 11. 2009

In Kraft treten

Der Beschluß des Bebauungsplans sowie die Stelle, bei der der Bebaungsplan

nach § 10 Abs. 3 BauGB auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, ist als Bekanntmachung durch Aushang in der Zeit vom 26-, 01. 2009 bis zum -- . --2009 ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und auf Mängel in der Abwägung sowie auf deren Rechtsfolgen (§ 214 und 215 BauGB) und § 5 Abs. 5 der Kommunalvewrfassung für das Land M - V weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung über den Bebauungsplan ist mit Ablauf des 29. 27. 2009 in Kraft

Sellin, den 09 . 03 . 2009

gez. Krawutschke

Örtliche Bauvorschriften über Gestaltung (Teil B) (§ 86 der LBauO M-V)

01.00 Dächer

01.01 Dächer sind als geneigte Dächer auszuführen Bei I- geschossiger Bauweise (§ 2 Abs. 6 LBauO) muß der Neigungswinkel mind. 40° und max. 50° betragen.

Bei II- geschossiger Bauweise (§ 2 Abs. 6 LBauO) muß der Neigungswinkel mind. 15° und max. 30° betragen Bei I und II- geschossigen (§ 2 Abs. 6 LBauO) Gewerbebauten beträgt der Neigungswinkel mind. 15° und max. 40°.

01.02 Es sind folgende Dachdeckungsmaterialien allgemein zulässig: - Pfannen in den Farbtönen rot- rotbraun, Naturschiefer, - Metalldeckungen, farblich unbehandelt oder in den Farbtönen nach Nr. 04.01 beschichtet, bis zu einer Dachneigung von 30°.

Darüberhinaus sind zulässig: - Dachpappe und Naturschiefer für Dächer mit einem Neigungswinkel von max. 20° - Rohr/ Schilf bei I- geschossiger Bauweise (§ 2 Abs. 6 LBauO).

01.03 Für Anbauten in Form vonBalkonen, Loggien, Veranden, Wintergärten und Erkern sind auch Pultdächer mit Dachanstieg zum Hauptbaukörper und einem Neigungswinkel von mindestens 15° zulässig. Diese Dächer dürfen die Traufe des Hauptbaukörpers nicht übersteigen.

01.04 Dacheinschnitte zur Bildung von Loggien sind bei eingeschossiger Bauweise nur an der rückwärtigen, von der öffentlichen Verkehrsfläche nicht einsehbaren Gebäudeseite zulässig.

01.05 Die Dachneigung von Garagen und Nebengebäuden muß der Dachneigung des Hauptgebäudes entsprechen. 02.00 Öffnungen

02.01 In jeder der öffentlichen Verkehrsfläche zugewandten Fassade sind Öffnungen vorzusehen. Dies gilt nicht für Garagen und Nebengebäude. 02.02 Für die den öffentl. Verkehrsflächen zugewandten Fassaden mehrgeschossiger Gebäude muß die Summe der Öffnungsflächen mindestens 50% der Wandflächen betragen. Sind der Hauptfassade Anbauten nach Nr.03.00 vorgelagert, sind deren verglaste oder nicht verglaste Öffnungen anstelle der Öffnungen der Hauptfassade anzurechnen.

02.03 Für Wandöffnungen mehrgeschossiger Gebäude sind stehende Formate zu verwenden. Dies gilt auch für Schaufenster, nicht aber für Anbauten nach Nr. 03.00 02.04 Rolladenkästen dürfen in der Fassade nicht sichtbar sein.

03.00 Balkone, Loggien, Veranden, Wintergärten 03.01 Tragende Teile sind in Holz oder Metall auszuführen. 03.02 Balkone, Loggien, Veranden, Wintergärten in mehreren Geschossen an der gleichen Fassade sind senkrecht übereinander anzuordnen und durch Stützen mindestens an den äußeren Eckpunkten zu verbinden. Eine Verringerung der

Außenmaße in den oberen Geschossen ist zulässig. 03.03 Oberste Balkone und Loggien sind zu überdachen und mit der Überdachung ebenfalls durch Stützen mindestens an den äußeren Eckpunkten zu verbinden, oder als Pergolen oder Wintergärten auszubilden. 04.00 Farben

Der Rahmen der farblichen Gestaltung wird bestimmt anhand des Farbregisters RAL 840 HR vom RAL- Ausschuß für Lieferbedingungen und Gütesicherung beim Deutschen Normenausschuß.

Zulässig sind die aufgeführten RAL- Farben und davon abgeleitete Abstufungen. 04.01 Dächer Grau 7001, 7035, 9002

sowie Rot- Rotbrauntöne und Naturfarben für die unter 01.02 aufgeführten

04.02 Außenwände für I- und mehrgeschossige Gebäude: Weiß 1013-1015, 7035, 9001, 9002, 9018 Außenwände für eingeschossige Gebäude: Rot 2001-2004, 2008, 3000, 3002-3005, 3007, 3009, 3011-3014, 3016-3018, 3022, 3027, 4002, 4004, 4007

Grün 6003- 6008 (nicht für Dachflächen) Grau 7035, 7036, 7038 Braun 8000, 8001, 8003, 8004, 8007, 8008, 8011, 8012, 8014-8017, 8023-8025 04.03 Von den farblichen Gestaltungsvorschrifften ausgenommen sind Gebäudeöffnungen, großflächige Verglasungen, Balkone, Loggien, Veranden, Wintergärten sowie Sockel bis zur Oberkante des Erdgeschoßfußbodens. 05.00 Grundstückseinfriedungen

05.01 Einfriedungen an Verkehrsflächen sind: - als lebende Hecken bis zu einer Höhe von 1,20m aus standortgerechten

- als Beton-, verputzte Ziegelmauer oder Natursteinmauer bis zu einer Höhe von 0,60m oder als Zaun aus vertikalen Holzlatten oder filigranem Stabwerk bis zu einer Höhe von 1,20m über Oberkante der angrenzenden öffentlichen Verkjehrsfläche zulässig.

- Steinwallhecken sind im Bereich der eingeschossigen Bebauung zulässig. 05.02 Die lebenden Hecken können mit anderen Einfriedungen kombiniert werden. Der Anteil der lebenden Hecken darf dabei 75% nicht unterschreiten. 05.03 Stützmauern sind von der Höhenbegrenzung ausgenommen. Sie müssen eine Verkleidung in Beton, verputzte Ziegelmauer oder Naturstein erhalten. 06.00 Werbeanlagen

06.01 Selbstleuchtende Werbeanlagen dürfen max. 5% der jeweiligen Erdgeschoßaußenwandflächen und höchstens 1,5qm betragen. Selbstleuchtende Werbeanlagen oberhalb der Erdgeschosse sind unzulässig. Selbstleuchtende Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig. Wechsellichter

selbstleuchtender Werbeanlagen sind ausgeschlossen. 06.02 Nicht selbstleuchtende Werbeanlagen als auf den Wandflächen aufgebrachte Schriftzeichen und Darstellungen im Stil der Werbeanlagen der

gründerzeitlichen Bäderarchitektur sind nicht reglementiert. 06.03 Werbeanlagen an Bäumen und Zäunen sind grundsätzlich ausgeschlossen.

07.00 Zusätzliche Bauteile 07.01 Parabol- Antennen und Antennenmasten sind nur auf von öffentlichen Verkehrsflächen nicht einsehbaren Teilen des Grundstücks zulässig.

Textliche Festsetzungen (Teil B)

01.01 Die Mindesthöhe der Fertigfußböden im Erdgeschoß wird auf 2,45 m üHN festgesetzt.(§ 9 Abs. 2 BauGB)

02.01 In den Dorfgebieten wird die Art der Nutzung wie folgt differenziert: (§ 1 Abs. 5,6 BauNVO) Allgemein zulässig:

Wohnungen und Wohngebäude Kleinsiedlungen mit entsprechenden Nutzgärten und landwirtschaftliche Nebenerwerbsstellen sonstige Wohngebäude Betriebe zur Be- und Verarbeitung und Sammlung land- und forstwirtschaftlicher

Wirtschaftsstellen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe und die dazugehörigen

Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbungsgewerbes

sonstige Gewerbebetriebe Anlagen für örtliche Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke Gartenbaubetriebe

Ausnahmsweise zulässig: Vergnügungsstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr.2 BauNVO

Ausgeschlossen sind: Tankstellen

03.01 In den Besonderen Wohngebieten wird die Art der Nutzung wie folgt differenziert:

(§ 1 Abs. 5,6 BauNVO) Allgemein zulässig: Wohngebäude

Läden, Betriebe des Beherbergungsgewerbes , Schank- und Speisewirtschaften Sonstige Gewerbebetriebe Geschäfts- und Bürogebäude

Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke Ausnahmsweise zulässig:

Anlagen für zentrale Einrichtungen der Verwaltung Vergnügungsstätten, soweit sie nicht wegen ihrer Zweckbestimmung oder ihres Umfanges nur in Kerngebieten allgemein zulässig sind

Ausgeschlossen sind: Tankstellen

03.02 In den Allgemeinen Wohngebieten wird die Art der Nutzung wie folgt differenziert: (§ 1 Abs. 5,6 BauNVO)

Allgemein zulässig: Wohngebäude die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften, sowie nicht störenden Handwerksbetriebe

Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke Ausnahmsweise zulässig:

Anlagen für Verwaltungen sonstige nicht störende Gewerbebetriebe Gartenbaubetriebe

Betriebe des Beherbergungsgewerbes

Ausgeschlossen sind: Tankstellen

> 04.01 In den dargestellten Lärmschutzbereichen sind die resultierenden Schalldämmaße der Außenbauteile gem. DIN 4109 einzuhalten (s. hierzu auch die

mitabgedruckte "Information zum Lärmschutz"). Ab dem Lärmpegelbereich III sind Wohn- und Schlafräume mit schallgedämpfter Lüftung auszurüsten. Ab dem Lärmpegelbereich III sind nach Süden und zur B 196 orientierte Fenster und Lüftungsöffnungen von Wohn- und Schlafräumen nur auf Grundlage von schalltechnischem Einzelnachweis zulässig. Für die strassenabgewandten Gebäudeseiten kann entsprechend den Regelungen der DIN 4109 ohne ausführlichen und differenzierten Nachweis wie folgt reduziert werden: bei offener Bauweise um einen Bereich (5 dB). (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

05.01 Bauliche Nebenanlagen gem. §14 BauNVO sowie Garagen und Einstellplätze sind in einem Bereich von 15 m, gemessen von der Straßenbegrenzungslinie der Hauptstraße, ausgeschlossen. (§ 9 Abs. 1 Nr. 4

06.01 Balkone, Loggien, Veranden, Erker, Treppenhausvorbauten und Hauszugangsvordächer können die Baugrenze bis zu einer Tiefe von 2,00m überschreiten. Zu der Hauptstraße jedoch nur , wenn es sich um die Rekonstruktion historischer Bauteile bzw. den Wiederaufbau auf ursprünglichem Grundriß handelt. (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

07.01 Je 200 qm Neuversiegelung durch Bebauung, bauliche Nebenanlagen, Stellplätze etc., ist 1 standortgerechter heimischer Laubbaum und sind 2 standortgerechte heimische Obstbäume anzupflanzen. (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)

07.02 Für alle festgesetzten Verkehrsflächen wird bestimmt, daß beim Ausbau der Verkehrsflächen je 200 m² Verkehrsfläche 1 standortgerechter heimischer Laubbaum innerhalb der festgesetzten Verkehrsflächen oder den Seitenräumen zu pflanzen ist. (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)

07.03 Es müssen pro Baum mindestens 4 m² unversiegelter Wurzelraum zur Verfügung stehen. Stammumfang >16/18, bei Obstbäumen 10/12. Die zu pflanzenden Gehölze sind dauerhaft zu erhalten und bei Abgang nachzupflanzen. (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)

08.01 Das gesamte Plangebiet wird als Gebiet festgesetzt in dem Festbrennstoffe nicht verwendet werden dürfen. Offene Kamine die nicht zu Heizzwecken dienen können als Ausnahme zugelassen werden. (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 a BauGB)

Hinweise

01 Lärmschutz Ein Einzelnachweis im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ist zulässig, damit eine

weitergehende Pegelminderung durch vorgelagerte Baukörper (Eigenabschirmung) berücksichtigt werden kann. 02 Bodendenkmale

Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gem.§ 11 DSchG M-V die zuständige Untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern oder Beauftragten des Landesamtes für Bodendenkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige. Der Beginn der Erdarbeiten ist der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Landesamt für Bodendenkmalpflege spätestens zwei Wochen vor Termin schriftlich und verbindlich mitzuteilen, um zu gewährleisten, daß Mitarbeiter oder Beauftragte des Landesamtes für Denkmalpflege bei den Erdarbeiten zugegen sein und evtl. auftretende Funde gem. § 11 DSchG M-V unverzüglich bergen und dokumentieren können. Dadurch werden Verzögerungen der Baumassnahme vermieden (Vgl. § 11 Abs. 3). 03 Baugrund

Ein Bodengutachten des Ing. Büro Weiße in 18528 Bergen vom 2002.04.03 liegt vor. Die daraus resultierenden Maßnahmen und Empfehlungen sind zu beachten. DasGutachten ist Bestandteil der Begründung.

Eine Versickerung von Oberflächenwasser im B-Plangebiet wird nicht empfohlen.

04 Pflanzlisten

Planzeichnung (Teil B)

Bäume I. Ordnung Bäume II. Ordnung Sträucher Acer pseudoplatanus - Bergahorn Carpinus betulus - Hainbuche Frangula alnus - Faulbaum Acer platanoides - Spitzahorn Betula pubescens - Moorbirke Salix cinerea - Grauweide Fraxinus excelsior - Esche Prunus avium - Vogelkirsche Salix aurita - Ohrweide Tilia platyphyllos - Sommerlinde Pyrus pyraster - Wildbirne Lonicera xylosteum -Tilia cordata - Winterlinde Heckenkirsche Syringa vulgaris - Flieder Quercus robur - Stieleiche Obstbäume in allen Sorten Euonymus europaeus -Quercus petraea - Trauben-Eiche Pfaffenhütchen Sorbus aucuparia - Eberesche Malus sylvestris - Wildapfel

WB II o

SH: 0,80 m

FH: 10,5 m

TH: ----

0,3

MD Wo

SH: 0,80 m

FH: 10,5 m

Sellin Sperator e (Elatoge) am 17.01,2002 10.300br -0.22

0,3

SH: 0,60 m

TH: 3,00 m

FH: 8,5 m

MGG 750m<sup>2</sup>

Crataegus laevigata - Weißdorn Corylus avellana - Hasel Crataegus monogyna -Eingriffliger Weissdorn Prunus spinosa - Schlehe Hundsrose - Rosa canina

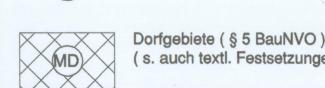
Sambucus nigra - Schwarzer Holunder Forsythia intermedia -Goldglöckchen Hydrangea macrophylla llex aquifolium - Stechhülse

Planzeichnung (Teil A) Planzeichenerklärung 01.00 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Besondere Wohngebiete (§ 4a BauNVO) (s. auch textl. Festsetzungen)

(s. auch textl. Festsetzungen)

Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)



(s. auch textl. Festsetzungen)

02.00 Mass der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB.

§ 16 BauNVO)

0.30 Grundflächenzahl -GRZ- (§ 16(2) Nr. 1 BauNVO)

Zahl der Vollgeschosse als Höchstmass (§ 16(2) Nr. 3 BauNVO) MGG 750 m<sup>2</sup> Mindestgrundstücksgröße (§ 9(1) Nr. 3 BauGB)

SH: 0,60 m max. zulässige Sockelhöhe ( Sockelhöhe = mittlere Höhe des fertigen Erdgeschossfussbodens ) der baulichen Anlagen. (§ 16(2) Nr. 4 BauNVO) Die max. zulässige Höhe wird gemessen ab der mittleren Höhe der ausgebauten Straßenoberkante des zum Grundstück gehörenden Straßenabschnittes.

TH: 3.00 m max. zulässige Traufhöhe (Traufhöhe = Schnittpunkt der Dachhaut mit der Aussenkante der aufgehenden Aussenwand ) der baulichen Anlagen. (§ 16(2) Nr. 4 BauNVO) Die max, zulässige Höhe wird gemessen ab der mittleren Höhe der ausgebauten Straßenoberkante des zum Grundstück gehörenden Straßenabschnittes.

Gemarkung Sellir

FH: 8.5 m max. zulässige Höhe (Firsthöhe bzw. Oberkante Dach ) der baulichen Anlagen. (§ 16(2) Nr. 4 BauNVO) Die max. zulässige Höhe wird gemessen ab der mittleren Höhe der ausgebauten Straßenoberkante des zum Grundstück gehörenden Straßenabschnittes,

03.00 Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 u. 23 BauNVO)

176 176 176 176 1761 1 2 3 4 176 1761

Gemarkung Sellin

Flur 4

0,3

SH: 0,60 m

TH: 3,00 m

FH: 8,5 m

MGG 750m<sup>2</sup>

SH: 0,60 m

TH: 3,00 m

FH: 8,5 m

MGG 750m<sup>2</sup>

offene Bauweise ( § 22(2) BauNVO ) \_\_\_\_ Baugrenze ( 23(3) BauNVO )

0,3

SH: 0,60 mg

TH: 3,00 m

FH: 8,5 m

Information zum Lärmschutz

Raumarter Aufenthaltsräume Wohnungen, Übernachtungs-"Maßgeblicher Bettenräume Außenlärm-Beherbergungsstätten, ähnliches Krankenanstalter Unterrichtsräume Sanatorien resultierendes Schalldämm-Maß des Außenbauteiles in dB 30 30 40 35 45 40 45 40

Planzeichnung (Teil A) Planzeichenerklärung

Grünfläche (öffentlich oder privat s. Planzeichnung)

13.00 Planungen, Nutzungsregelungen, Massnahmen und

Flächen für Massnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur

des Naturschutzrechtes (9 Abs. 6 BauGB)

Schutzgebiete und Schutzobiekte

9 Abs. 1 Nr. 21 u. Abs. 6 BauGB)

(Begünstigte s. Planzeichnung)

9 Abs. 7 BauGB)

Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25

Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne

Küsten- u. Gewässerschutzstreifen (§ 19 LNatG M-V) gleichzeitig

Bauverbotszone (§ 89 LWaG M-V) Ausnahmen gem. § 89 Abs. 3

Mit einem Leitungsrecht zu belastende Fläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 21

Mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Fläche (§

u. Abs. 6 BauGB ) ( Begünstigte s. Planzeichnung )

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

oder Abgrenzung des Masses der Nutzung innerhalb eines

Baugebietes (§ 1 Abs. 4 BauNVO)

Abgrenzung der unterschiedlichen Lärmpegelbereiche

Lärmpegelbereich gemäss DIN 4109

Abgrenzung des Sanierungsgebietes Zentrumsbereich

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z. B. von Baugebieten

04.00 Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Strassenverkehrsflächen

Strassenbegrenzungslinie

Zweckbestimmung

Parkanlage

Baum erhalten

09.00 Sonstige Planzeichen

und Abs. 6 BauGB)

05.00 Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Gemeinde Ostseebad Sellin Amt Mönchgut - Granitz Landkreis Rügen 1. Änderung (Teiländerung) Bebauungsplan 1 A " Gutshof " mit



Fassung vom 2009.04.25 Entwurfs-, Auslegungs- und

Granitz

Gemarkung Selli Flur 4

An der Junkernwiese 7

Fax 05137/91371 2009.04.25

30926 Seelze

unmaßstäblich M.: 1:1000

Satzungsexemplar **Amt Mönchgut -**

Göhrener Weg 1 18586 Ostseebad Baabe 038303 / 16437 Baabe, den

Heinrich Vulter Telefon 05137/3236 02/045a 1. Ä/01